

Die Treuhandanstalt – der Untote der ostdeutschen Erinnerungspolitik

Nach dem Ende ist vor der Erinnerung

An Silvester 1994 entfernte die letzte Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel, medienwirksam das Behördenschild vom Detlev-Rohwedder-Haus und beendete symbolisch das Wirken dieser Institution. Das Ziel der Treuhandanstalt habe darin bestanden, die Kombinate und Volkseigenen Betriebe der DDR in die Organisationsformen der sozialen Marktwirtschaft zu überführen (vgl. Seibel 1998: 57f.). Resultat dessen war ein Defizit in dreistelliger Milliardenhöhe gewesen (Goschler/ Böick 2017: 27/40). Von den rund vier Millionen Arbeitsplätzen, die die Treuhandanstalt verwaltete, blieben nur 1,5 Millionen (Wissenschaftliche Dienste des Bundestages 2019: 10). Ihren Kritiker*innen zufolge war die Treuhandanstalt eine westdeutsch dominierte und von Skandalen und Korruption durchzogene Institution, die vor allem dem Vermögenstransfer von Ost nach West diene. Aus diesem Grund bezeichnet Kellermann (2021: 1) die „Treuhand“ als ein kollektives „Trauma“ der Ostdeutschen.

***Paul Seibicke**, M.A. Politikwissenschaft, M.A. Kulturwissenschaften, promoviert an der Universität Leipzig zu kollektiven Erinnerungs- und Vergessensprozessen am Beispiel ostdeutscher Transformationserfahrungen und der Treuhandanstalt.*

*Dieser Artikel steht nur in der Kaufversion der Zeitschrift **vorgänge** zur Verfügung. Sie können das Heft hier im [Online-Shop der Humanistischen Union](https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-250/publikation/die-treuhandanstalt-der-untote-der-ostdeutschen-erinnerungspolitik-2/) erwerben: die Druckausgabe für 28.- € zzgl. Versand, die PDF-/Online-Version für 10.- €.*

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-250/publikation/die-treuhandanstalt-der-untote-der-ostdeutschen-erinnerungspolitik-2/>

Abgerufen am: 16.08.2026